

Mittelsächsische

LinksWorte

24. August 2011

Nr. 48

5. Jahrgang



Im August sind unsere LinksWorte aus Mittelsachsen „ausgeflogen“. Aber das „Mittelsachsen“ wurde nur durch „Mitteldeutschland“ ersetzt. Genauer gesagt, unsere 3. Episode zur Geschichte der Region kommt aus Merseburg (auf unserem Titelbild ist der eindrucksvolle Dom der Saalestadt zu bewundern). Von Merseburg gingen nämlich - schon vor der Errichtung der Burg Meißen durch Heinrich I. - wichtige Impulse für die Besiedlung unserer Region aus. Mehr dazu auf den Seiten -10- und -11- dieser Ausgabe. Ansonsten bieten wir unseren Lesern wieder ein breites Spektrum aus mittelsächsischer Linkspartei und -fraktion.

Die drei Titelthemen dieser Ausgabe

Zukunftspläne vorgestellt:
Der Kandidat für den Kreisvorsitz
der mittelsächsischen LINKEN

Kommunalpolitik aktuell:
Gemeindezusammenschlüsse,
Kreis- und Gemeindestraßen

Erneut im Blickpunkt:
Die LINKE und der sächsische
Landesentwicklungsplan ab 2013

- 2 editorial & standpunkt
- 3 kolumne & antifaschistische aktion in geithain
- 4 **titelthema 1: falk Neubert**
- 5 pluralismus in der linken
- 6/7 **titelthema 2: kreistag aktuell**
- 8 **titelthema 3: landesentwicklung 2013 (teil 3)**
- 9 sommertour jana pinka und falk Neubert
- 10/11 unsere serie: episoden aus der mittelsächsischen geschichte (3)
- 11 kreisvorstand & glückwünsche
- 12 termine & parteitagsdelegierter david rausch „on tour“

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint in der Mitte der 38. Kalenderwoche 2011. Redaktionsschluss ist am Dienstag, dem 13. September. Unsere Leser werden herzlich gebeten, für den Druck, die Herausgabe und Verbreitung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ zu spenden.

Geldspenden können unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ an folgende Bankverbindung gerichtet werden:

DIE LINKE. Mittelsachsen
 Kreissparkasse Freiberg
 BLZ: 870 520 00
 Konto-Nr.: 311 502 821 0

Zuschriften, Polemik, Kritiken und Hinweise sind ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber: **DIE LINKE.**
 Kreisvorstand Mittelsachsen

Postanschrift der Redaktion:
 Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
 z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“
 09599 Freiberg, Roter Weg 41/43
 Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
 Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

Redaktion: Ruth Fritzsche, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Hans Weiske (verantwortl. i.S.d.P.), Peter Zimmermann

Layout, Satz und Fotos: A • Bi • Te
 Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
 Birkenstraße 23b 09569 Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG, Boettcherstrasse 21, 09117 Chemnitz.

Internet: Die „LinksWorte“ werden im Internet unter www.links-worte-mittelsachsen.de veröffentlicht. Dort stehen über ein Archiv auch frühere Exemplare der Zeitung zur Lektüre oder zum Download zur Verfügung.

editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die Schulferien liegen hinter uns und damit eigentlich auch schon der Sommer 2011, der seinen Namen eigentlich gar nicht verdient hat. Aber sei es drum!

Die LinksWorte hatten jedenfalls keine Sommerpause, obwohl sich die Aufregung in der LINKEN - wir haben permanent darüber berichtet - nach der Potsdamer Strategiekonferenz der Landesvorstände am 9. Juli scheinbar etwas gelegt hatte. Aber wir kommen auf Seite -5- dennoch darauf zurück. Mit der Sicht des Landesvorsitzenden und der Landesgeschäftsführerin auf die Dinge. Für etwas Aufregung sorgte die Diskussion um die Wertung des Mauerbaus auf dem Landesparteitag der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern.

Am 24. September wird ein Kreisparteitag der mittelsächsischen LINKEN den neuen Kreisvorstand wählen. Seitens des scheidenden Vorsitzenden Michael Matthes sind rechtzeitig die notwendigen personellen Weichen gestellt worden. Genosse Falk Neubert will sich der Herausforderung als Kreisvorsitzender stellen und äußert sich in dieser Ausgabe zu seinen Vorstellungen für die kommende Wahlperiode bis Herbst 2013.

Im mittelsächsischen Kreistag war so etwas wie Sommerruhe eingezogen. Wir haben sie genutzt, um uns zum aktuellen Thema der „freiwilligen“ Gemeindegemeinschaften und der bisherigen Gebietsreformen in Sachsen zu äußern. Außerdem gibt es die Antwort des Landratsamtes zu einer Anfrage der LINKSfraktion zu Staats- und Gemeindestraßen. In unserer Septemberausgabe folgt ein ausführliches Interview mit Fraktionschef Jens Stahlmann zu Bilanz und Ausblick der Fraktionsarbeit nach drei Jahren Landkreis Mittelsachsen.

Wir setzen mit dem 3. Teil der Ausführungen von MdL Jana Pinka unsere ausführliche Darstellung der 2013 vorgesehenen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans von 2003 fort. Im September geht es dann um die Bildung. Achim Gruhnke als Leiter der Arbeitsgruppe „Kultur“ im Kreisparteiaktiv wird konkrete Fakten zur kulturellen Entwicklung des Landkreises beisteuern.

Auch in dieser Ausgabe: Ein ausführlicher Bericht über die Sommertour von Jana Pinka und Falk Neubert.

Wie auf der Titelseite vermerkt, gehen wir mit unserer Episode aus der Geschichte fremd. Aber wer bei den Anfängen der Missionierung unserer Region „Meißen“ sagt, muss eben auch „Merseburg“ sagen. Und das haben wir getan.

Unseren Lesern viel Spaß bei der Lektüre.

**die linke und die demokratie
 gesine lötzsch in rostock**

... Im ZDF-Sommerinterview wurde ich von der Moderatorin gefragt, ob denn DIE LINKE in der Demokratie angekommen sei. Eine merkwürdige Frage. Aber dieser Frage mal eine Überlegung vorangestellt: Ich frage mich, warum wird diese Frage eigentlich nicht dem Parteivorsitzenden der FDP gestellt. Ist die FDP eigentlich in der Demokratie angekommen? Wir haben ja alle vor nicht allzu langer Zeit gelernt, dass die FDP einen zweiten Namen erhalten hat: Möwenpick-Partei. Den kann man ganz leicht erklären. Nach einer Spende der Möwenpick-Gruppe ist die Mehrwertsteuer für Hotels reduziert worden. Die FDP bedient also ein ganz kleines Klientel in unserer Gesellschaft sehr wirksam. Das FDP-Motto lautet: Politik wird bei uns nicht mehr gewählt, sondern bestellt. Da haben wir als LINKE ein ganz anderes Demokratieverständnis!

Zurück zu der Frage, ob wir als LINKE in der Demokratie angekommen seien. Ich glaube, wer unseren Programmentwurf liest und wer zur Kenntnis nimmt, dass wir im Bundestag mit einer starken Fraktion vertreten sind, dass wir in 13 von 16 Landtagsparlamenten arbeiten, dass an zwei Landesregierungen beteiligt sind und hoffentlich nach dem 4. September an einer weiteren, nämlich hier in Mecklenburg-Vorpommern, dass wir mit über 6000 Kommunalpolitikern in diesem Land auf demokratische Weise Politik machen, der muss solche Frage nicht stellen.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, die Frage nach der Demokratie beschäftigt uns natürlich alle. Die Frage ist zu stellen: Sind wir in einer vollkommenen Demokratie angekommen, oder gibt es da Defekte. Für mich ist heutzutage einer der größten Defekte der Einfluss von Lobbyisten auf die Politik. Besonders deutlich wurde das beim Bankenrettungsschirm im Wert von 480 Milliarden Euro, der innerhalb einer Woche, nachdem Herr Akkermann Frau Merkel den Gesetzestext in die Feder diktiert hatte, vom Bundestag beschlossen wurde. Und seit dieser Zeit, seit dem Beschluss über den Rettungsschirm, wissen die Banken, dass sie die Staatskasse in Geiselhaft genommen haben. Wir als LINKE, wir wollen, dass die Staatskasse endlich wieder aus der Geiselhaft der Banken befreit wird ...

nach - denkens - wertes

Der Mensch lebt in vier Dimensionen: in der Vergangenheit, in der Gegenwart, in der Zukunft und in der Illusion.

Marcel Proust

auf seite - drei -
- immer konsequent links -
unsere monatliche
kolumne

Die Bundesrepublik hat seit einiger Zeit einen Obermacher, den ein ganze Reihe von Alleinstellungsmerkmalen auszeichnen. DER ist zum Ersten eine DIE. Dann hat DIE zum Zweiten einen Bildungsweg in einem pisafreien Schulsystem durchlaufen, wie kein anderer Bundeskanzler vorher. Weiter ist DIE – das ist Merkmal Nummer drei – eine Naturwissenschaftlerin und dort eine Frau Doktor, was logisches Denken einschließt und eine unabgeschriebene Doktorarbeit vermuten lässt. Aber am wichtigsten ist Merkmal Nummer vier: Sie hat sicher auf dem Abiturzeugnis eine ordentliche Note im Fach Staatsbürgerkunde. Als FDJ-Sekretärin von Greifswald dürfte sie am FDJ-Lehrjahr teilgenommen haben. Beim Studium hatte sie nach fünf Semestern Seminarscheine zum Fach Gesellschaftswissenschaften vorzulegen. Und bei der Promotion wieder Gesellschaftswissenschaften. Also „Historischer und dialektischer Materialismus“ und „Politökonomie“ – auch des Kapitalismus, versteht sich. Sie müsste also verstehen, wie der Kapitalismus als Gesellschaft funktioniert und dass es dort einige Widersprüche gibt, die antagonistisch sind und die sich deshalb in dieser Gesellschaftsordnung nicht lösen lassen.

Nun haben wir eine ausgewachsene Krise, eine Finanz- und Verschuldungskrise, sagt man landauf und landab. Es ist aber eine Gesellschaftskrise. Und DIE weiß das. Schließlich hat sie es einst gelernt und nachgewiesen, dass sie es auch begriffen hatte. „Der Kapitalismus ist durch einen tiefen Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatwirtschaftlichen Aneignung charakterisiert.“ Und wer das begriffen hat, müsste wenigstens die Banken aus dem privatwirtschaftlichen Sektor herauslösen und unter gesellschaftliche Verantwortung stellen. Sie tut es nicht, ja sie versucht es nicht einmal. Und das alles wider besseres Wissen. Und wer etwas wider besseres Wissen tut, tut es eben mit Vorsatz und nicht nur leichtfertig. Die Milliarden – das ist unser aller Geld, und auch das unserer Nachfahren – hat Angelika Merkel persönlich zu verantworten. Es wird Zeit, dass wir von ihr Rechenschaft fordern. (mm)

Die folgenden Informationen wurden unserer Redaktion von David Rausch, Vorsitzender des Ortsverbandes Geringswalde der LINKEN übermittelt. Sie basieren auf einer Mail des Netzwerkes gegen Nazis, verfasst von Cornelia Braun. Laut der Information von David Rausch nahmen ca. 15 Aktivisten des linken Jugendvereins solid aus Geringswalde und Umgebung an der Gegenveranstaltung teil. Im folgenden Ausschnitt aus der Mail.

stattfind. Die Initiative für ein weltoffenes Geithain wollte gegensteuern und hatte eine Demonstration mit einem anschließenden Familientag im Stadtpark organisiert. Abends fand unabhängig davon das Geithainer Sommerfestival statt. Bei der NPD wurden nach Polizeiangaben 120 Teilnehmer und bei der Gegendemonstration 150 Personen gezählt. Die Polizeidirektion (PD) Westsachsen sei „zum Schutz des verfassungsmäßig garantierten Rechts der Versammlungsfreiheit und für den störungsfreien Verlauf der Veranstaltungen“ präsent gewesen. Unterstützt wurde sie



Ausschnitt aus der Titelseite der Lokalausgabe der Leipziger Volkszeitung für Borna und Geithain. Erfreulich, dass ausführlich und relativ objektiv berichtet wurde und bei den Stellungnahmen auch MdL Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik in der LINKSfraktion im Landtag, zu Wort kam.

Aufgrund der NPD-Veranstaltung und der Gegenaktionen der Initiative für ein weltoffenes Geithain zeigte die Polizei am 13. August massive Präsenz in Geithain. Trotzdem kam es im Bereich des Stadtparks zu einem Überfall, bei dem zwei Linke angegriffen wurden. Nach derzeitigen Erkenntnissen geht die Polizei bei dem Übergriff von einem politischen Hintergrund aus. Für Sonnabend, den 50. Jahrestag des Mauerbaus, hatte der NPD-Kreisverband einen „Tag der Identität“ in Geithain angemeldet. Wie berichtet, war ihm die Benutzung des Bürgerhauses mit Erfolg verwehrt worden, sodass die Propagandaveranstaltung schließlich im Geithainer Stadion

durch die Bundes- und die Bereitschaftspolizei. Etwa 30 Polizisten sicherten die Gegendemonstration ab. Im Stadion waren 100 Beamte eingesetzt, hieß es weiter. Für eine sichere Anreise der Teilnehmer hätten 40 Beamte gesorgt. Bei der Abendveranstaltung seien 150 Beamte vor Ort gewesen. Trotz des Polizeiaufgebotes kam es gegen 17.45 Uhr am Rande der Veranstaltungen zu einer Auseinandersetzung. Ein 24- und ein 25-jähriger der linken Szene wurden im Stadtpark in der Nähe der Bahnhofstraße von sieben männlichen Personen im Alter von 18 bis 24 Jahren angegriffen.

die auf dem kreisparteitag vorgesehene wachablösung im kreisvorsitz der linken

von Michael Matthes,
Kreisvorsitzender der LINKEN

Vor einiger Zeit habe ich die Ortsverbände per eMail davon informiert, dass der Kreisvorstand beabsichtigt, einen abgestimmten Kandidatenvorschlag für den beim nächsten Kreisparteitag zu wählenden neuen Kreisvorstand zu unterbreiten. Der Kreisvorstand handelt im Sinne der Kontinuität und führt die guten Erfahrungen fort. Schließlich hatten sich die Kandidaten des heute agierenden Kreisvorstandes seinerzeit auch vorher verständigt und sich zu einem Kollektiv gefunden. Für die „Kernmannschaft“ wurde ein Namensvorschlag vorgestellt: Falk Neubert für den Vorsitz, Jana Rathke (Kooperation mit den Ortsverbänden) und David Rausch (Verbindung zum Jugendverband SOLID und Mitgliedergewinnung) als Stellvertreter, Hans Weiske als Schatzmeister und verantwortlicher Redakteur der LINKSWORTE sowie Ute Rehnert als Geschäftsführerin. Darüber hinaus empfiehlt der Vorstand Rene Münch, der den Internetauftritt des Kreisverbandes verantwortlich betreuen soll. Die Ortsverbände sind aufgefordert, weitere Kandidaten zu nominieren und zu benennen, welches Aufgabengebiet der/die Kandidat/-in im Vorstand übernehmen könnte. Falk Neubert, als den Kandidaten für den Vorsitz, habe ich gebeten, seine Vorstellungen in den LINKSWORTEN zu unterbreiten.

von Falk Neubert,
für die LINKE im sächsischen Landtag

Vor knapp zwei Jahren wurde ich von der Landespartei gefragt, ob ich mir vorstellen könnte, meine politische Arbeit nach Mittelsachsen zu verlegen. Es war damals keine einfache Entscheidung und ich habe mir diese auch nicht leicht gemacht. Letztlich habe ich mich dafür entschieden, als Landtagsabgeordneter der LINKEN in Mittelsachsen zu wirken. Ich habe meinen Umzug nach Mittweida nie bereut und möchte an dieser Stelle auch Danke sagen an die vielen Genossinnen und Genossen im neuen Kreisverband, die mich mit offenen Armen aufgenommen haben und mir immer hilfreich zur Seite standen. Die Arbeit in meinem neuen Büro in Mittweida läuft sehr gut, genauso die Abstimmung mit dem Kreisverband unserer Partei und die Zusammenarbeit mit

meiner Abgeordnetenkollegin Dr. Jana Pinka. Gemeinsam mit Jana haben wir bspw. vor vier Wochen eine erfolgreiche Kommuntaltour mit sehr vielfältigen und interessanten Terminen in Mittelsachsen durchgeführt.

Vor einem halben Jahr etwa fragte mich der Vorsitzende unseres Kreisverbandes, Michael Matthes, ob ich bereit wäre, seine Nachfolge als Kreisvorsitzender in Mittelsachsen anzutreten. Schon bisher gab es eine enge Zusammenarbeit mit ihm als Vorsitzenden sowie eine regelmäßige Teilnahme meinerseits an den Vorstandssitzungen. Ich habe mich entschieden und möchte im September als Kreisvorsitzender kandidieren – wohl wissend um die vielen Baustellen und Herausforderungen, die gemeinsam vor uns stehen. Und auch wohl wissend vor den Her-

tagsfraktion viele Jahre für Kinder- und Jugendpolitik bzw. Familienpolitik zuständig. Seit der Wahl 2009 bin ich medienpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE und vertrete den Landesverband unserer Partei im MDR-Rundfunkrat. Seit einigen Jahren vertrete ich Sachsen im Bundesausschuss der LINKEN und bin dort Mitglied im Präsidium.

Die Heterogenität des neuen Landkreises ist immer noch eine große Herausforderung – auch für unsere Partei. Zu unterschiedlich sind die Erfahrungen und letztlich auch die geografischen Verortungen. Trotzdem ist es aus meiner Sicht bereits recht gut gelungen, politische Arbeit im Kreisverband auch auf dieser Ebene anzugehen. Dies gilt es zu intensivieren. Zudem



Falk Neubert, der designierte Kreisvorsitzende der mittelsächsischen LINKEN. Auf unserem Bild an seinem Arbeitsplatz im Landtag. Mit der einzigartigen Silhouette von Dresden mit Hofkirche, Stadtschloss und Frauenkirche im Hintergrund

Foto: Landtagsverwaltung

ausforderungen eines solchen Amtes, welches ich bis zur letzten Kreisreform im Weißeritzkreis bereits fünf Jahre ausfüllte. Vor diesem Hintergrund möchte ich hier gerne die Gelegenheit nutzen, einige Stichpunkte zu meiner Person und den Vorstellungen der zukünftigen Arbeit unseres Kreisverbandes darzulegen.

37 Jahre alt, von Beruf bin ich Koch sowie Kommunikationswissenschaftler und Soziologe mit einem Magisterabschluss. Meine Tochter ist 13 Jahre alt. Ich war in der Land-

sollte in Zukunft die Kommunikation zwischen dem Kreisvorstand und den Ortsverbänden noch stärker institutionalisiert werden und auch politische Diskussionen durch die Kreisebene angeregt werden. Auf der anderen Seite muss man sich aber wohl auch der Realität beugen, dass inhaltliche Angebote mit Strahlkraft nach außen vor allem in den Ortsverbänden angesiedelt sein müssen. Dies ist ja bereits jetzt der Fall und viele Ortsverbände organisieren eigenständig inhaltliche Veranstaltung und laden sich dazu ganz verschiedene

fortsetzung von seite -4-

ReferentInnen inner- und außerhalb der Partei ein.

Eine riesige Baustelle für uns als Partei ist die Mitgliederentwicklung und damit einhergehend die Beitragsentwicklung. Die Problemfelder sind nicht neu, sie greifen nur zunehmend unbarmherziger Raum. Unser Schatzmeister Hans Weiske hat in der letzten Kreisvorstandssitzung in eindringlichen Worten die Situation skizziert. Die Einnahmen der Kreispartei sinken und damit sind die Rücklagen für die anstehenden Wahlen 2013 bzw. 2014 nicht mehr in der geplanten Höhe aufzubringen. Es gilt dringend, entweder die Einnahmen zu erhöhen oder die Ausgaben zu senken. Wir haben uns im Kreisvorstand darauf verständigt, dass wir uns mit dieser Problemstellung im Herbst intensiver befassen müssen. Sowohl vor dem Hintergrund der finanziellen Situation als auch in Anbetracht der politischen Schlagkraft unserer Partei muss daher die Frage der Mitgliederentwicklung bzw. der Mitgliedergewinnung und -bindung einen Schwerpunkt unserer Arbeit darstellen.

Und nicht zuletzt muss natürlich die Diskussion und Entwicklung von politischen Inhalten Bestandteil unserer Arbeit sein. Auf der Bundesebene bringen wir die Programmdiskussion auf unserem Parteitag in Erfurt hoffentlich erfolgreich zu Ende. Im Kreisverband haben wir begonnen, inhaltliche Schwerpunkte unserer Arbeit auf kommunaler Ebene zu diskutieren bzw. zu konzipieren. Diese werden dann wesentlicher Bestandteil des Wahlprogramms für die Kommunalwahlen 2014 sein.

Es liegt viel Arbeit vor uns. Packen wir es an!

nach - denkens - wertes

Der Mensch hat drei Wege, klug zu handeln. Erstens durch Nachdenken: das ist der edelste. Zweitens durch Nachahmen: das ist der leichteste. Drittens durch die Erfahrung: Das ist der bitterste.

Konfuzius

Die Geschichte lehrt die Menschen, dass die Geschichte die Menschen nichts lehrt.

Mahatma Gandhi

Gewalt ist die letzte Zuflucht des Unfähigen.

Isaac Asimov

Zur Strategiekonferenz der Landesvorstände der LINKEN am 9. Juli 2011 in Potsdam (Auszüge)

Von Antje Feiks, Landesgeschäftsführerin und Rico Gebhardt, Landesvorsitzender



Im Januar, als Gesine sich auf die verschiedenen Wege des Kommunismus begeben wollte, haben die Landesvorsitzenden mit den Mitgliedern des Geschäftsführenden Parteivorstands vereinbart, dass wir dringend eine Strategiedebatte brauchen. Da nichts geschah, hat der Landesvorsitzende aus Brandenburg, Thomas Nord, im ersten Quartal 2011, die Initiative ergriffen und Landesvorsitzende sowie LandessprecherInnen aus Ost und West zu einem gemeinsamen Treffen eingeladen. In diesem Treffen wurde vereinbart: Wir müssen mehr miteinander reden, weil der Prozess des Zusammenwachsens der LINKEN bislang nicht erfolgreich, jedoch auch nicht gescheitert ist. Wir müssen akzeptieren, dass wir länger brauchen als die bisherigen fünf Jahre, um uns kulturell und politische anzunähern. Was der LINKEN noch fehlt ist eine gemeinsame kulturelle Basis, für uns ist dies jedoch die Grundlage, um mit unserer Pluralität, mit unserer Vielfalt und Widersprüchlichkeit umzugehen. ...

Uns wurde immer deutlicher, dass der Parteivorstand das Anliegen aus den Landesverbänden nur unzureichend berücksichtigt hat, gerade im Hinblick auf die Programmdebatte. So wurde beispielsweise beschlossen, den Leitantrag an den Bundesparteitag erst kurz vor der Sommerpause zu verabschieden. Nicht zuletzt machte sich die Sorge in den Landesverbänden breit, wie wir ohne Diskussion des überarbeiteten Programmentwurfes auf den Bundesparteitag zusteuern würden, wie wir den Bundesparteitag gestalten wollen - es stellte sich die Frage, ob Strömungen wieder am Vorabend Kompromisse schmieden würden und somit die Meinung von 90 Prozent der GenossInnen, die nicht in Strömungen organisiert sind, kaum eine Rolle spielen würde.

Wir konnten uns - mit vielen Schwierigkeiten auf einen Ablauf und das Ziel der Konferenz verständigen. Regelmäßige Telefonkonferenzen brachten uns immer wieder auf den gleichen Informations- und Bearbeitungsstand.

Ziel war es, dass VertreterInnen der Landesverbände miteinander zu verschiedenen Punkten einen Dialog führen. So z.B. strittige Punkte des Programms miteinander zu diskutieren, Satzungsfragen miteinander zu besprechen, zur Frage „Was für eine Partei wollen wir?“ ins Gespräch zu kommen sowie neue Herausforderungen der LINKEN miteinander zu besprechen, die wir jetzt und in den kommenden Jahren meistern müssen. Ziel war es, offen miteinander zu diskutieren, Verständnis füreinander und miteinander zu stärken, die oft ausgeblendete Frage des „Warum“ zu besprechen.

Dafür fanden sich 200 Menschen aus Ost und West am 9. Juli in Potsdam zusam-

men. Vier Unterkonferenzen wurden durch die Landesverbände Ost-West-übergreifend vorbereitet - schon allein die gemeinsame Vorbereitung war es wert, die Konferenz durchzuführen.

Bewusst wurde auf Einführungsreferate durch Parteifunktionäre verzichtet, dafür gab es zwei Vorträge zur Betrachtung der LINKEN von außen und wir wollten Raum zur Diskussion schaffen. Zu übergroßen Teilen wurde offen diskutiert, in kleineren und größeren Runden - gerade in der durch Sachsen gemeinsam mit NRW, Bayern und Bremen vorbereitenden Unterkonferenz „Was für eine Partei wollen wir?“ standen weniger die Problemlagen im Mittelpunkt, sondern mehr die Lösungsansätze, die gesehen werden. Jedoch war es wichtig, gemeinsam die richtigen Fragen zu formulieren, um nach den richtigen Antworten zu suchen. Weiterhin wurde mehr als deutlich, dass in der Partei Transparenz bei Entscheidungsprozessen gewünscht wird, genau wie offene Diskussionen. Auch eine Stärkung der Landesverbände wurde für wichtig erachtet. ...

Im Workshop „Neue Herausforderungen an DIE LINKE“ ist allerdings diese offene und konstruktive Atmosphäre nicht gelungen. Da wurde eine Debatte zur Strategie der LINKEN von Beginn an dadurch verhindert, weil ein Teil - leider Mitglieder aus dem Parteivorstand - der Meinung ist, man brauche keine Strategiedebatte, weil unsere Strategie von 2009 zu den Bundestagswahlen war erfolgreich und man müsse nur unsere Positionen deutliche schärfen, dann sind wir auch 2013 erfolgreich. In der Unterkonferenz zur Programmdebatte gestaltete sich die Diskussion leider schwierig, da die Mitglieder des Parteivorstandes hier auf einem anderen Kenntnisstand als die Mitglieder der Landesverbände waren und die neuen Ergebnisse nicht allen Diskutanten vorlagen, weil erst am 11. Juli die Medien der neue Programmentwurf präsentiert werden sollte. Dennoch wurden Kompromisse, die der Parteivorstand verabschiedet hat, erläutert und es wurde sich darauf geeinigt, dass der Versuch unternommen werden sollte für die Kompromisse zu werben. Auch die strittigen Satzungsfragen scheinen sich mit den Beschlüssen des Parteivorstandes - die als Antrag an den Parteitag gestellt werden - entspannt zu haben.

Insgesamt war die Veranstaltung ein sehr gelungener Auftakt wie Landesverbände auch in Zukunft miteinander ins Gespräch kommen sollten. Es ist wichtig, dass die Landesverbände untereinander kommunizieren und miteinander ins Gespräch kommen - um mit Vorurteilen und Gerüchten aufzuräumen, aber auch um miteinander zu reden statt übereinander. ...

gemeindegemeinschaften ohne gemeindegemeinschaftsreform?

Die Kommunalpolitik im Sommerloch?! Das gibt uns die Möglichkeit, das Problem der so genannten „freiwilligen Gemeindegemeinschaften“ aufs Korn zu nehmen. Außerdem auf unseren beiden „Kommunalseiten“ aktuelles aus der Feder von **Sabine Lauterbach**, Mitarbeiterin der LINKSfraktion im mittelsächsischen Kreistag. In unserer Septemberausgabe folgt ein ausführliche Interview mit **Jens Stahlmann** zur Bilanz nach drei Jahren LINKER Kreistagsfraktion in Freiberg. (hw)

Im Frühjahr 2009 - unmittelbar nach der Kreisgebietsreform von 2008 - hatte Ministerpräsident Stanislaw Tillich eine weitere Gemeindegemeinschaftsreform in Sachsen ausgeschlossen: „So etwas wird es mit mir auch in der kommenden Legislaturperiode nicht geben“, so tönte es damals. Veröffentlichte Vorschläge seien gutachterliche Einzelmeinungen, die für die Sächsische Staatsregierung keine politische Bedeutung hätten. Tillich sagte damals weiter:

„Es gibt überhaupt keinen Grund für derartige Überlegungen: Sachsen hat sich früh auf den demografischen Wandel eingestellt und ist daher sehr gut gerüstet. Wir haben im Freistaat gerade eine sehr erfolgreiche Kreisgebietsreform gestaltet. Wir müssen uns Zeit lassen, um uns an die neuen Kreisstrukturen zu gewöhnen und sie als selbstverständlich anzunehmen.“ Und Tillich fügte an, dass die Sächsische Staatsregierung, wie bisher auch, den Wunsch von Gemeinden, die sich aus eigenen Überlegungen heraus zusammenschließen wollen, konstruktiv begleiten werde.

So weit, so gut! Aber dennoch strebt die schwarz-gelbe Landesregierung bereits seit der Kreisgebietsreform vor drei Jahren unverhohlen an, den „freiwilligen Zusammenschluss“ von Kommunen mit finanziellen Anreizen zu versüßen, besser gesagt, diese damit zu ködern. Offizielle Grundlage für Gemeindegemeinschaften bilden die „Grundsätze für freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden im Freistaat Sachsen“ vom 26. Oktober 2010.

Im Visier der „Grundsätze“ sind vor allem Städte und Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern im ländlichen Raum und 8.000 Einwohnern im „Verdichtungsraum“ unmittelbar um die Oberzentren“, jeweils

bezogen auf das Jahr 2025. Auch die im Ergebnis der vorhergehenden Gemeindegemeinschaftsreform 1998 – zum Teil unter politischem Druck – entstandenen Verwaltungsgemeinschaften und Verwaltungsverbände sollen ihre Existenzberechtigung verlieren. Von den bestehenden 333 örtlichen Verwaltungseinheiten unterschritten zu Beginn des Jahres 2010 152 (46%) die angestrebte Mindestgröße. Ziel sei es, als Reaktion auf den demografischen Wandel als näch-

dem kommenden Jahr eine „Hochzeitsprämie“ von jeweils 100 Euro pro Einwohner (gedeckt bei 5.000 Einwohnern). Diese Summe dürfte sich in den Jahren 2013 und 2014 halbieren.

Wie sieht es im Landkreis Mittelsachsen aus? Auch hier wird sich die Zahl der Gemeinden (gegenwärtig 61) bis Ende 2014 erheblich reduzieren. Gegenwärtig sind folgende Gemeindegemeinschaften bereits in „trockenen Tüchern“ bzw. die Gespräche befinden sich in der Schlussphase:

- **Leisnig mit Bockelwitz**
- **Döbeln mit Ebersbach**
- **Roßwein mit Niederstriegis**
- **Flöha mit Falkenau**
- **Frauenstein mit Rechenberg-Bienenmühle**
- **Bobritzsch mit Hilbersdorf**
- **Oederan mit Frankenstein**

Hervorgehen werden sie in der Regel aus bestehenden Verwaltungsgemeinschaften. Die Beweggründe des jeweils kleineren Partners sind durchaus unterschiedlich, werden aber zumeist von der „Hochzeitsprämie“ beeinflusst.

In anderen Verwaltungsgemeinschaften und bisher eigenständigen Gemeinden mit Einwohnerzahlen weit unter 5.000 zeigt sich durchaus Konfliktpotenzial und Diskussionsbedarf mit der Bürgerschaft. In vielen Fällen wollen die „Kleinen“ ihre Eigenständigkeit bewahren. Einige Beispiele für Konfliktfelder:

- **Burgstädt, Hartmannsdorf, Mühlau** (hier wollen die beiden „Kleinen“ nicht zum großen Partner Burgstädt)
- **Frauenstein/Erzgebirge** (hier äußert auch die Gemeinde Hartmannsdorf-Reichenau aus dem Nachbarkreis den Wunsch zum Zusammenschluss)
- **Neuhausen/Erzgebirge** (hier soll über Kreisgrenzen hinaus eine Schwartenberg-Gemeinde mit dem Spielzeugdorf Seiffen entstehen.)
- **Mittweida, Altmittweida** (das kleinere Altmittweida will nur mit einem ländlich geprägten Nachbarn zusammengehen)



Keine Gemeindegemeinschaften ohne Bürgerbeteiligung!

Handlungsempfehlungen beim Prozess eines freiwilligen Gemeindegemeinschafts

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Titelblatt des Positionspapiers der Landtagsfraktion der LINKEN im sächsischen Landtag unter dem Motto: „Keine Gemeindegemeinschaften ohne Bürgerbeteiligung“. Wir beleuchten das Thema aus der Sicht des Landkreises Mittelsachsen.

sten Schritt nach der Kreisgebietsreform 2008 bis spätestens 2014 „auf freiwilliger Basis“ sachsenweit neue Einheitsgemeinden mit mindestens 5.000 Einwohnern zu schaffen. Damit könnte – so die seitens des Sächsischen Innenministeriums angekündigte Tendenz – fast jede dritte der gegenwärtig 485 sächsischen Gemeinden von der Landkarte verschwinden. Nicht in den „Grundsätzen“ explizit festgelegt, aber dennoch praktiziert: Die fusionierenden Gemeinden erhalten in diesem und

Stichwort: Gebietsreformen in Sachsen und Mittelsachsen

Am 3. Oktober 1990 – dem ersten „Tag der Deutschen Einheit“ – gab es in Sachsen 48 Landkreise und sechs kreisfreie Städte. Die Gesamtzahl der Gemeinden betrug damals 1.626.

- Mit der **Kreisreform 1994/1996** wurden 22 neue Landkreise – darunter der aus den Kreisen Brand-Erbisdorf, Flöha und Freiberg entstandene **Landkreis Freiberg**, der aus den ehemaligen Kreisen Hainichen, Rochlitz und Chemnitz gebildete **Landkreis Mittweida** und der **Landkreis Döbeln**. Als Ziel für die zu bildenden Landkreise galt eine Mindestgröße von 125.000 Einwohnern.
- Die **Gemeindegebietsreform 1998/2000** wurde im März 2000 mit dem letzten der anhängigen 81 Verfahren abgeschlossen. Es entstanden insgesamt 544 Städte und Gemeinden, welche damals in 206 Einheitsgemeinden, 118 Verwaltungsgemeinschaften und 11 Verwaltungsverbänden integriert waren.
- Mit der **Kreisreform 2008** wurden 10 neue Landkreise – darunter der aus den Landkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida entstandene **Landkreis Mittelsachsen** gebildet. Deren Einwohnerzahl liegt generell über 210.000. Der Landkreis Mittelsachsen hat 328.342 Einwohner (per 31. Dezember 2010). Sie leben in 61 Städten und Gemeinden (von Freiberg mit 41.342 Einwohnern bis Zettlitz mit ca. 807 Einwohnern per 31.12.2010).

Der Landkreis Mittelsachsen ist in Deutschland derjenige mit der höchsten Anzahl ehemaliger Kreisstädte. Es sind insgesamt sechs (in Klammern die aktuelle Einwohnerzahl per 31.12.2010): Brand-Erbisdorf (10.544), Flöha (9.753), Hainichen (8.876), Rochlitz (6.216), Döbeln (21.297) und Mittweida (15.536).

Die Stadt Siebenlehn wurde als erste Stadt Sachsens in eine Landgemeinde eingemeindet. Großschirma (5.943 Einwohner) erhielt damit auch das Stadtrecht.

von Sabine Lauterbach
Mitarbeiterin der Linksfraktion im Kreistag

Das Thema ist bei der derzeitigen Finanzknappheit der Kommunen ein „heißes Feuer“ und löst heftige Debatten aus. Werden derzeit in vielen sächsischen Landkreisen die Straßen neu bewertet, ist dies in Mittelsachsen bereits geschehen. Bereits im März wurde auf dem Kreistag die Straßenbewertungsliste beschlossen. Dabei geht Mittelsachsen einen eigenen Weg. Hier erfolgt die Bewertung in erster Linie nach den Aspekten der Verkehrssicherheit, erst danach erfolgt die Bewertung nach dem Zustand der einzelnen Straßenabschnitte.

Insgesamt verfügt der Landkreis Mittelsachsen über rund 720 Kilometer Straßennetz. Um einen Kilometer grundhaft auszubauen, muss man mit einer Mio. € rechnen. Das sind Beträge, die ein Landkreis allein niemals stemmen kann. Hier muss man Land und Bund mit in die Pflicht nehmen. Nun ist es aber die gängige Praxis des Landes Staatsstraßen zu Kreisstraßen zu degradieren.

Zuschüsse des Freistaates je Straßenkilometer im Rahmen des Straßenlastenausgleichs:

Kreisstraßen:	3.675 €
Gemeindestraßen:	2.355 €
Einsparung:	1.320 €

Im Juli stellte unsere Fraktion bei der Landkreisverwaltung eine Anfrage zu diesem Thema. Hier sind Fragen und Antworten:

Frage 1:

Gibt es Straßen, welche 2011 herabgestuft werden?

Antwort Landratsamt:

„In der 29. Kalenderwoche hat die für Abstufungen zuständige Landesdirektion Chemnitz zwei Abstufungsverfahren eingeleitet. Es handelt sich um einen Abschnitt der K 7701 (Verbindung von Leubsdorf nach Grünhainichen) und einen Abschnitt der K 7702 (Verbindung von Leubsdorf nach Borstendorf). Beide Verfahren sind auf eine Initiative des Landkreises Erzgebirge zur Abstufung der im Landkreis Erzgebirge gelegenen weiterführenden Straßenabschnitte zurückzuführen, die die Kreisstraßen im Landkreis Mittelsachsen widmungsrechtlich zu Sackgassen machen würden.“

Frage 2:

Wenn ja, in welchem Ausbauzustand befinden sich diese?

Antwort Landratsamt:

„Der betroffene Abschnitt der K 7701 ist dringend sanierungsbedürftig, der Abschnitt der K 7702 befindet sich in einem befriedigenden Zustand.“

Frage 3:

Stehen für die nächsten zwei Jahre Herabstufungen von Kreisstraßen an?

Antwort Landratsamt:

„Gegenwärtig hat die Landkreisverwaltung nicht die Absicht, initiativ hinsichtlich der Abstufung von Kreisstraßen tätig zu werden. Perspektivisch ist dies jedoch nicht auszuschließen. Dafür werden jedoch belastbare Grundlagen in Gestalt von Planungen zum Bundes- und Staatsstraßennetz sowie zum Netz der Kreisstraßen benötigt, um die Nachhaltigkeit des Gesamtstraßennetzes im Landkreis sichern zu können. Die Netzkonzeption für Kreisstraßen ist in Arbeit. Eine entsprechende Grundlage für die öffentliche Diskussion wird Ende des Jahres vorliegen.“

Jetzt haben wir aktuell zwei Fälle von Herabstufungen in unserem Landkreis. Eine Information des Kreistages ist bis jetzt nicht erfolgt. Nur unserer Aufmerksamkeit ist es zu verdanken, das wir zu diesen Informationen gelangten.

In beiden Fällen ist die Gemeinde Leubsdorf betroffen. Der Straßenabschnitt der K 7701, welcher dringend sanierungsbedürftig ist, hat eine Länge von 1160 Metern. Bei rund einer Mio. € Kosten für den grundhaften Ausbau käme auf Leubsdorf eine zusätzliche finanzielle Belastung von rund 1,16 Mio. €. Wie soll eine Gemeinde in dieser Größe solch eine Last stemmen? Im alten Landkreis Mittweida war es ein Regel, das nur Straßenabschnitte herabgestuft wurden, wenn diese vorher grundhaft ausgebaut waren. Wir hoffen, das sich die Gemeinde Leubsdorf dagegen wehren wird und auch die betroffenen Gemeinden im Erzgebirgskreis diese Herabstufung nicht wehrlos hinnehmen werden.

Einladung zur Informationsveranstaltung der Kreistagsfraktion

Am Mittwoch, den 28.09.2011 um 17 Uhr werden wir unsere nächste Informationsveranstaltung im Gasthof „Weiße Taube“ in Hainichen, Ortsteil Cunnersdorf abhalten. Eingeladen sind alle LINKEN Stadt- und Gemeinderäte, Ortschaftsräte sowie Nachfolgekandidaten des Kreistages.

Aktuell wollen wir über die letzten beiden Kreistage berichten, sowie eine Diskussion zu folgenden Themen einleiten:

- Herabstufung von Kreisstraßen zu Gemeindestraßen
- Nutzung des Sozialpasses im Landkreis Mittelsachsen

Im Landkreis Mittelsachsen gibt es 43 Städte und Gemeinden, die keine Angebote für die Inhaber des Sozialpasses bereit halten. Aus diesem Grund besteht erheblicher Diskussionsbedarf.

Wir hoffen auf rege Teilnahme an der Veranstaltung.

qualifizierte eckpunkte der linken zur fortschreibung des landesentwicklungsplanes 2003 (teil 3)

Auf ihrer diesjährigen Frühjahrsklausur hat sich die Landtagsfraktion der LINKEN auf die Schwerpunkte ihrer Arbeit bis zur Halbzeit der Legislaturperiode verständigt.

Dr. Jana Pinka aus Freiberg, Mitglied für DIE LINKEN im sächsischen Landtag, leitet die Arbeitsgruppe „nachhaltige Landesentwicklung“. Diese hat der Frühjahrsklausur den Entwurf eines qualifizierten Eckpunktepapiers für die 2013 anstehende Fortschreibung des gültigen Landesentwicklungsplans 2003 vorgelegt. Wir dokumentieren im folgenden den Teil -3- ihrer Überlegungen zu diesem Eckwertepapier. In unserer Septemberausgabe erfolgen Ausführungen zum Daseinsbereich Bildung.

von Zugangshindernissen und Zugangsbarrieren zur physischen Umwelt (z. B. Gebäude, Straßen), zu Transportmitteln, zu Information und Kommunikation (inkl. Informations- und Kommunikationstechnologien und -Systeme), zu denen der Allgemeinheit zugänglichen öffentlichen Einrichtungen und Diensten. Daher wird die Fraktion folgende Empfehlungen für den LEP einbringen: a) Im neuen LEP 2013 sollte unter den fachlichen Zielen und Grundsätzen der Raumordnung in Sachsen ein eigenständiger Abschnitt über ein „Barrierefreies Sachsen“ eingefügt werden. Hier können Ziele und Grundsätze, welche aus der Umsetzung der BRK folgen, gebündelt werden. b) Außerdem sollten alle Grundsätze und Ziele des LEP 2003 einer kritischen Prüfung unterzogen werden, um im Entwurf des LEP 2013 in zeitgemäßer Fassung

schiedene, den regionalen Bedingungen angepasste Lösungen zur Sicherung der Daseinsvorsorge möglich sind. Inzwischen liegt eine zunehmende Zahl von Publikationen vor, die sich mit der Problematik von Standardvorgaben für die Sicherung der Daseinsvorsorge befassen u.a. die BMVBS-Online-Publikation Nr. 13/2010 in der so genannte „Standardvorgaben der infrastrukturellen Daseinsvorsorge“ bezogen auf einzelne Bundesländer bzw. Raumkategorien für Infrastrukturen (Bildungseinrichtungen, Sportstätten, Gesundheitsversorgung, Katastrophendienste, Erreichbarkeit/ÖPNV) und die Raumordnung zusammengefasst und kommentiert sind. Der Ausgangspunkt dabei ist, dass Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse eine flächendeckend vergleichbare Sicherung der Daseinsvorsorge erfordert. Um diese zu sichern, werden

primär von den Fachplanungen Standards vorgegeben, worunter allgemein Normen und Richtwerte für die Ausstattung der Infrastruktur verstanden werden. Auch die Raumordnung setzt Standards, etwa indem für zentrale Orte Tragfähigkeitsschwellen in Form von Richtwerten für die Bevölkerungszentralität gesetzt und Erreichbarkeitsstandards formuliert werden. Es ist festzustellen, dass Sachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern bereits sowohl im LEP 2003 als auch in weiteren Dokumenten vergleichsweise umfangreich Standards der Daseinsvorsorge verankerte. Außerdem wurden angesichts des demografischen Wandels extern weitere Unters-

suchungen zum Thema „Standards der Daseinsvorsorge“ durch das Sächsische Staatsministerium des Innern beauftragt. Sehr viele Standards gibt es hierzulande im Bereich Bildung, deren Folgen allerdings angesichts von Schulschließungen durchaus auch problematisch sind. Zusammenfassend heißt das für die Landtagsfraktion: a) Die Ausführlichkeit (Anzahl) von Standards bzw. Grundsätzen und Zielen zur Daseinsvorsorge im LEP 2003 ist zu begrüßen und sollte auch im LEP 2013 beibehalten werden, wobei bestehende zu überprüfen sind und aufgrund aktueller Entwicklungen (z. B. demografischer Wandel) auch ergänzt werden müssen. b) Es sollte zukünftig vielmehr als bisher darum gehen, zwar einen Leistungskatalog zu beschreiben, aber sowohl im Sinne der Teilhabesicherung als auch des sparsamen Einsatzes von öffentlichen Mitteln die Spielräume bei der Angebotsform der vorzuhaltenden Leistung zu erweitern. c) Im gesamten Bereich der Daseinsvorsorge ist auch zu überprüfen, inwieweit bestehende Standards nicht nur im LEP sondern auch in anderen Regelwerken zu ändern sind, um die Möglichkeit zu eröffnen, dass Grundleistungen der Daseinsvorsorge auf gleichem oder höherem Niveau, aber mit Hilfe neuer bzw. alternativer Angebots- bzw. Bedienformen gewährleistet werden können.

Menschen mit Beeinträchtigung: Paradigmenwechsel durchsetzen

Seit dem LEP 2003 hat sich rechtlich ein bedeutender Paradigmenwechsel hinsichtlich der Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben vollzogen. Behinderung wurde innerhalb der Vereinten Nationen bis in die 80er Jahre als medizinische bzw. soziale Frage und nicht als Frage der Menschenrechte betrachtet. In den 80er und 90er Jahren wurde – nicht zuletzt durch den Druck von Menschen mit Behinderung – ein wesentlicher Paradigmenwechsel vom medizinischen hin zum menschenrechtlichen Behindertenkonzept erreicht, der im emanzipatorischen Grundverständnis der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) deutlich sichtbar ist. Die Einordnung der Thematik in das UN-Menschenrechtssystem stellt einen historischen Wendepunkt im internationalen Behindertenrecht dar. In Deutschland trat die BRK am 26. März 2009 in Kraft. Sie gilt für Sachsen uneingeschränkt. Es besteht die Verpflichtung zur Realisierung aller in die jeweilige Kompetenz fallenden Umsetzungsmaßnahmen, weil die Bundesländer mit der BRK nach dem Lindauer Abkommen und aus dem Grundsatz der Bundestreue einverstanden waren. Gesellschaftliches Ziel ist die Inklusion von Menschen mit Behinderung, d. h. die Eingeschlossenheit in alle Bereiche der Gesellschaft. Im Originaltext der BRK wird deshalb bewusst dieser Begriff verwendet. Der Nachholbedarf in Sachsen ist enorm, z. B. auch im Bereich der Bildung oder bei der barrierefreien Gestaltung der physischen Umwelt. Barrierefreiheit bedeutet dabei, dass Gegenstände, Medien und Einrichtungen so gestaltet werden, dass sie von jedem Menschen unabhängig von einer eventuell vorhandenen Behinderung uneingeschränkt benutzt werden können. Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit betreffen sowohl die Feststellung als auch die Beseitigung



berücksichtigt zu werden. c) In einigen Bereichen müssen darüber hinaus Grundsätze und Ziele neu aufgenommen werden z. B. im Bildungsbereich.

Prioritäre Handlungsfelder der Daseinsvorsorge

Zu den Bereichen der Daseinsvorsorge zählen Soziales (Schul-, Aus- und Weiterbildung, Kinderbetreuung, Kinder- und Jugendhilfe, Altenhilfe/-pflege sowie weitere), Gesundheit, Kultur und Sport, Ver- und Entsorgung, öffentliche Sicherheit und -ordnung, Verkehr/Mobilität, Kommunikation sowie Handel/Dienstleistungen. Im neuen Raumordnungsgesetz von 2008 ist erstmals die grundgesetzliche Vorgabe (Sozialstaatsprinzip Art. 20, Abs. 1 GG; Gleichheitsgrundsatz Art. 3 und Art. 29 Abs. 1 GG), gleichwertige Lebensverhältnisse zu gewährleisten, in die zentralen Leitvorstellungen der nachhaltigen Raumentwicklung (§ 1 Abs. 2 Raumordnungsgesetz) eingebunden worden. Es besteht die Pflicht, die Erreichbarkeit von Einrichtungen und Angeboten der Grundversorgung zur Sicherung der Chancengleichheit für alle Bevölkerungsgruppen in angemessener Weise zu gewährleisten. Gleichwohl beschreibt das Leitziel lediglich einen Zielkorridor, in dem ver-

von unserem Redaktionsmitglied
Peter Zimmermann

Die diesjährige Sommertour unserer beiden Landtagsabgeordneten fand in der Woche vom 11. bis 15. Juli 2011 statt. Mit den beiden MitarbeiterInnen, Sabine Pester und Peter Zimmermann, tourten sie für eine Woche durch Mittelsachsen.

Am Montag begann die Bildungsreise in Halsbrücke, beim Bürgermeister Herrn Jörg Kiehne. Der zweite Termin an diesem Vormittag fand in der Agrargesellschaft e.G. Niederschöna statt. Mit dem Vorstandsmitglied Herrn Partzsch und der Genossin Ute Rehnert wurde über die kleinen und großen Anliegen des Alltags in der Landwirtschaft geredet. Der Nachmittag begann mit einem Besuch des Arbeitsamtes Freiberg. In einem interessanten Gespräch wurde über den aktuellen Stand der Arbeitsmarktpolitik des Landkreises informiert als auch das Thema SGB II und Umschulung angesprochen. Als Tagesabschluss fand in Bobritzsch eine Gesprächsrunde zur Umsetzung der Landesbildungspolitik vor Ort statt.

Der Dienstag stand unter einem sozialen Aspekt, was auch die besuchten Orte widerspiegelt. Begonnen hat

der Tag in der Agentur für Arbeit in Döbeln. Hauptthema waren die Vor- oder Nachteile der Optionskommune. Über das Leben von Asylbewerbern informierten sich die beiden Landtagsabgeordneten in einem Gespräch mit dem Leiter der Ausländerbehörde Herrn Beuermann sowie dem anschließenden Besuch des Asylbewerberheimes in Döbeln. In der Ausgabestelle Hainichen, der Tafel Mittweida, lernten sie etwas über die tägliche Arbeit der Tafelmitarbeiter kennen.

Auch Oederan stand in diesem Jahr wieder auf dem Plan. Mit dem Bürgermeister Steffen Schneider, sowie der Stadtratsabgeordneten Rita Hillmann, wurde über kommunale Herangehensweisen beim Thema Energiesparen sowie über andere interessante Themen geredet. Die Einrichtung für betreutes Wohnen

in Oederan stellte den zweiten Tagespunkt dar. Von der Mitarbeiterin Frau Nimser erfuhren die Landtagsabgeordneten etwas über die sächsische Einmaligkeit dieser Einrichtung, welche allein von der Kommune getragen wird und sich um Menschen kümmert, die aus den verschiedensten Gründen, nicht alleine das Alltagsleben bewältigen können. Im Hospiz- und Palliativdienst Begleitende Hände e.V., wurde in einer gemütlichen Kafferrunde die Wichtigkeit von ehrenamtlicher Tätigkeit, gerade

erfolgte bei einem Rundgang durch die einzelnen Bereiche ein kleiner Einblick in diese konfessionslose Behindertenhilfe.

Die mobile Jugendarbeit der sächsischen Landjugend stand als zweiter Termin auf der Tagesordnung.

Durch die Projektleiterin, Frau Wiesner, sowie anwesenden Jugendlichen konnte in einem Gespräch verdeutlicht werden, welche Auswirkungen gerade die Kürzungen im Jugend- und Sozialbereich auf die Arbeit der mobilen Jugendarbeit haben.

Das Kulturbüro Sachsen e.V. berät seit 2001 lokale Vereine, Jugendinitiativen, Kirchgemeinden, Netzwerke, Firmen sowie Kommunalpolitik- und -verwaltung in Sachsen mit dem Ziel, rechtsextremistischen Strukturen eine aktive demokratische Zivilgesellschaft entgegenzusetzen. Im Gespräch mit zwei Mitarbeitern des mobilen Beratungsteams wurden Wege der Zusammenarbeit erläutert.

Der letzte Tag der diesjährigen Sommertour fand in Freiberg statt. In der Einrichtung für betreutes Wohnen in Halsbach, einem



Viermal Sommertour der beiden mittelsächsischen LINKEN im Landtag, Jana Pinka und Falk Neubert: In der Lebenshilfe Mittweida (Seite gegenüber), zum Sommerfest im „Brennpunkt“ Brand-Erbisdorf (oben) sowie in der Agrargesellschaft Niederschöna und beim Oederaner Bürgermeister Steffen Schneider (unten von links)

Fotos: Abgeordnetenbüros der Mdl

in sozialen Bereichen, hervorgehoben. Die Pflege von Menschen mit z.B. unheilbaren Erkrankungen ist nur eine der Tätigkeitsbereiche der Mitarbeiter des Hospiz in Oederan.

Bei einem Sommerfest in Brand-Erbisdorf, im Brennpunkt e.V., wurde in lockerer Runde mit den Mitarbeitern des Vereins und vielen Gästen, bei Bratwurst und Getränken der Tag beendet. Vielen Dank an die Vereinsmitglieder, welche dieses Fest organisiert haben.

Der Donnerstag führte wieder nach Mittweida. In der Einrichtung der Lebenshilfe Mittweida e.V. konnte etwas über das Leben von behinderten Menschen sowie der engagierten Tätigkeit der Mitarbeiter in den Werkstätten in Mittweida erfahren werden. Vom Geschäftsführer Dieter Störr

Projekt, welches vom Internationalen Bund betrieben wird und Jugendlichen in schwierigen Lebenssituationen hilft. Nach einer Hausbesichtigung wurde von Frau Dr. Franke etwas über die Arbeit des Internationalen Bundes sowie auch speziell in dieser Einrichtung berichtet.

Die Tour war sehr interessant und beide Landtagsabgeordneten haben viele Anregungen und Informationen für ihre Arbeit im Landtag mitnehmen können. Es ist geplant, auch im kommenden Jahr eine Sommertour durchzuführen. Nachträglich möchten sich beide Abgeordnete noch einmal ganz herzlich bei allen, die diese Sommertour organisiert und an ihr mitgewirkt haben, bedanken.



Bereits auf unserer Titelseite haben wir darauf verwiesen, dass wir mit unserer heutigen Episode Mittelsachsen zeitweise verlassen. Und das, nachdem wir in den vergangenen zwei Ausgaben der LinksWorte dem Slawenfeldzug des Ostfrankenkönigs Heinrich I. mit der Schlacht mit den Daleminzern bei Gana und der Gründung der Burg Meißen gefolgt waren.

Merseburg war nämlich der eigentliche „Startpunkt“ für die deutsche Missions- und Siedlungspolitik in unserer mittelsächsischen Region. Bereits unmittelbar nach 919 wurde der Ort - im Hersfelder Zehntverzeichnis aus den Jahren 880/899 erstmals urkundlich erwähnt - von Heinrich I. zu seiner Lieblingspfalz ausgebaut. Heinrich hatte Hatheburg, die Tochter des Grafen Erwin aus der Merseburger Altenburg geheiratet, so dass der Ort in die Herrschaft des sächsischen Herrscherhauses gelangte. Im Jahr 968 ernannte Kaiser Otto I. - der Sohn von Heinrich I. - Merseburg gemeinsam mit Meißen und Zeitz (später ersetzt durch Naumburg) zu Bistümern im Erzbistum Magdeburg. Das war eine starke Aufwertung der bisherigen Markgrafschaft Meißen. (hw)

In unserer obigen Karte des mitteleuropäischen Raumes ist die Stadt Merseburg (südwestlich von Leipzig) besonders hervorgehoben. Genau südlich von **Merseburg** erkennt man **Zeitz**. Gemeinsam mit **Meißen** wurden die beiden Städte durch Kaiser Otto I. im Jahr 968 zu Bischofssitzen im Erzbistum Magdeburg erhoben. Otto I., Sohn von Heinrich I. (er regierte von 936 bis 973 und gab dem Herrschergeschlecht der Ottonen seinen Namen) war sechs Jahre zuvor in Rom zum ersten Kaiser des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ gekrönt worden.

Nach der Gründung der Burg Meißen im Jahr 929 erfolgte von hier und vorher schon von Merseburg aus schrittweise die Besiedlung des östlichen mitteleuropäischen Raumes. Eine wichtige Rolle dabei spielten **Altenburg** (urkundlich im Jahr 976 erstmals erwähnt, später Aufstieg zur Kaiserpfalz) und **Rochlitz** (Gründung sicherlich noch vor 981, erstmals 995 urkundlich erwähnt, als durch die zeitweilige Auflösung des Bistums Merseburg die Zwickauer Mulde als Grenze der Bistümer Naumburg und Meißen bestimmt wurde).

Es ist deshalb nur zu verständlich, dass die **Episoden 4 und 5 unserer (mittel)sächsischen Episoden aus Altenburg (Septemberausgabe) und Rochlitz (Oktoberausgabe) kommen werden. Danach folgen die frühen Burgwarde Döbeln (6), Colditz (7) und Leisnig (8).**

Otto I. soll vor der entscheidenden Schlacht gegen die Ungarn - sie fand 955 auf dem Lechfeld südlich Augsburgs statt - gelobt haben, im Falle seines Sieges in Merseburg ein Bistum zu errichten. 13 Jahre später - nach einem grandiosen Sieg - löste Otto I. sein Gelübde vollständig ein. Er gründete die drei neuen Bistümer Meißen, Merseburg und Zeitz und unterstellte sie dem Erzbistum Magdeburg. Das Bistum Merseburg wurde allerdings bereits im Jahr

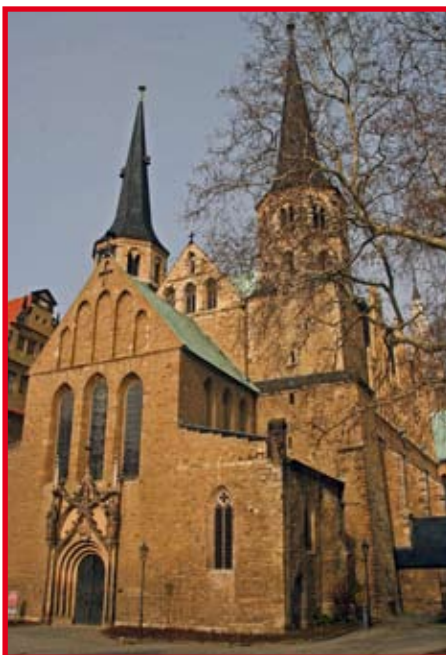
Der von 1009 bis 1018 regierende Merseburger Bischof **Thietmar von Merseburg** gehört zu den bedeutendsten Chronisten der Ottonen. Insbesondere mit König Heinrich II. war er sehr eng verbunden.

Der Grundstein zum ersten **Dom St. Johannes der Täufer und Laurentius** wurde im Jahre 1015 gelegt, sechs Jahre später erfolgte in Anwesenheit Heinrich II. die Weihe. Nach zwei Einstürzen wurde der neue Dom 1042

durch König Heinrich III. geweiht. Von diesem Bau ist heute noch die 1036 begonnene Krypta erhalten.

Erst ca. 150 Jahre später im Jahre 1188 - wurde von Kaiser Friedrich I. Barbarossa in Merseburg - im heutigen Vorort Neumarkt - ein neuer Markt begründet. Zu dieser Zeit existierte bereits die erste Saalebrücke. Bis in die Mitte des 13. Jahrhunderts gehörte Merseburg zu den am häufigsten besuchten Königspfalzen des Reichs. Bis zur Reformationszeit unter Martin Luther blieb die Stadt Bischofssitz und eines der religiösen Zentren an der östlichen Grenze Deutschlands.

Thietmar von Merseburg war der zweite Bischof nach der Neugründung des Bistums Merseburg im Jahre 1004. Sein Vorgänger Wigbert hatte einen heiligen Hain der Slawen roden lassen, um darauf eine Kirche zu errichten. Für die Geschichtsschreibung unserer Re-



Zweimal Impressionen vom Domkomplex in Merseburg an der Saale. Links die eindrucksvolle Westfassade, rechts der Blick auf den umlaufenden Kreuzgang mit einem Denkmal für den bedeutendsten Chronisten der Ottonen, Thietmar von Merseburg, der auch Merseburger Bischof in den Jahren von 1009 bis 1018 war.

981 wieder aufgelöst.

Seine Neugründung und eine wahre Blütezeit erlebte Merseburg unter Heinrich II. (er regierte 1002 bis 1024 als deutscher Kaiser) nach dem Jahre 1004.

kreisvorstand aktuell

(Redaktion) Der Kreisvorstand führte seine turnusmäßige Beratung am 15. August im Gasthaus „Weiße Taube“ in Hainichen-Cunnersdorf durch. Auf der Sitzung wurden folgende Schwerpunkte behandelt:

- Die stellvertretenden Kreisvorsitzende Jana Rathke erläuterte eine umfangreiche statistische Analyse der vergangenen Kommunalwahlen und stellte Schlussfolgerungen vor. Vor allem bei den Gemeinderäten sei DIE LINKE in der Fläche nur noch sehr bescheiden vertreten. Die Vorsitzenden der Ortsverbände erhalten die Analyse einschließlich der Schlussfolgerungen des Kreisvorstandes.
- Der Kreisvorstand beriet über die weitere inhaltliche und organisatorische Vorbereitung des Kreisparteitages am 24. September in Roßwein. Zu wichtigen personellen Vorstellungen hatte sich der Kreisvorsitzende Michael Matthes bereits am 20. Juni 2011 in einem Schreiben an die Ortsverbände der LINKEN geäußert (was Vorschläge für die Besetzung der Funktionen des Kreisvorsitzenden (Falk Neubert), dessen beide Vertreter (Jana Rathke, David Rausch), des Schatzmeisters (Hans Weiske) und der Geschäftsführerin (Ute Rehnert betrifft). Weitere Vorschläge aus den Ortsverbänden wurden zur Kenntnis genommen. Falk Neubert machte den Vorschlag, einen aus 14 Personen (7 Frauen, 7 Männer) bestehenden Kreisvorstand zu wählen. Der Kreisvorstand entschied, die Wahl der - voraussichtlich - vier Delegierten für den neuen Zyklus der Bundesparteitage erst im Frühjahr auf einen Kreisparteitag zu wählen. Dort könne auch eine erste Wertung der Arbeit des neuen Kreisvorstandes vorgenommen werden. Der Kreisvorstand sprach sich dafür aus, auf dem Kreisparteitag auch inhaltliche Schwerpunkte der Programmdiskussion auf die Tagesordnung zu stellen. Für die Diskussionsgrundlage soll der Landesvorsitzende Rico Gebhardt gewonnen werden.
- Der Kreisvorstand nahm eine Information des Schatzmeisters zur Finanzlage des Kreisverbandes entgegen und entschied, das Thema einschließlich der Finanzplanung bis 2015 als Schwerpunkt in der Kreisvorstandssitzung im Oktober ausführlich zu behandeln.
- Der Kreisvorstand nahm Informationen von Angelika Schubert (Brand-Erbisdorf) und Peter Emmrich (Hartha) zur Beratung des Landesrates am 13. August zur Kenntnis.

unsere jubilarer

Unsere Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen sowie unseren Hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich!



Im Monat September 2011 wird aus diesem Anlass gefeiert bei:

Edith Schulz	geb. am	05.09. 1928,	in	Wendisch-Rietz
Greta Kugler	geb. am	07.09. 1918,	in	Döbeln
Anton Scharding	geb. am	09.09. 1926,	in	Döbeln
Gerd Fuhrmann	geb. am	09.09. 1951,	in	Zettlitz
Hildegard Hinterssdorf	geb. am	12.09. 1928,	in	Mittweida
Margot Steinbach	geb. am	13.09. 1936,	in	Altmittweida
Ruth Kretzer-Braun	geb. am	13.09. 1941,	in	Freiberg
Walter Ledig	geb. am	14.09. 1920,	in	Weißborn
Elfriede Zimmer	geb. am	15.09. 1924,	in	Geringswalde
Erhard Henoch	geb. am	15.09. 1922,	in	Döbeln
Alfred Meyer	geb. am	15.09. 1919,	in	Burgstädt
Dieter Grunert	geb. am	15.09. 1951,	in	Flöha
Paul Hentschel	geb. am	16.09. 1916,	in	Freiberg
Günter Goldschmidt	geb. am	17.09. 1941,	in	Oederan
Rainer Mollée	geb. am	17.09. 1941,	in	Freiberg
Sonja Enge	geb. am	18.09. 1927,	in	Burgstädt
Elfriede Stein	geb. am	19.09. 1926,	in	Lunzenau
Werner Busch	geb. am	21.09. 1931,	in	Waldheim
Wilrun Küchenmeister	geb. am	21.09. 1925,	in	Freiberg
Martin Winkler	geb. am	21.09. 1941,	in	Mittweida
Kurt Konrad	geb. am	22.09. 1925,	in	Hartha
Herbert Müller	geb. am	24.09. 1924,	in	Taura
Elfriede Baran	geb. am	24.09. 1928,	in	Leisnig
Siegfried Fritzsche	geb. am	27.09. 1931,	in	Burgstädt
Irene Thiele	geb. am	27.09. 1927,	in	Leisnig
Rosel Weidelt	geb. am	28.09. 1925,	in	Hartha
Helmut Elschner	geb. am	30.09. 1920,	in	Penig
Harald Oehmichen	geb. am	30.09. 1930,	in	Halsbrücke



Zwei Ansichten von Details des Merseburger Doms. Links der Blick vom Chor zur Ladegast-Orgel, rechts ein Detail oberhalb der Eingangspforte an der Westfassade.

gion ist die Chronik des Thietmar von Merseburg die wichtigste erzählende Quelle für das 10. und frühe 11. Jahrhundert. Neben der Geschichte der ottonischen Herrscher und einem oftmals erklärenden Blick auf

Gründung, Auflösung und Wiederherstellung des Merseburger Bistums spielt für die Geschichtsschreibung vor allem für die Missionierung der Gebiete östlich der Saale ab 928 eine entscheidende Rolle.

Terminvorschau

August 2011:

25. August 18 Uhr *Finanznot der Kommunen und kein Ende?
mit MdL Sebastian Scheel, Politikwissenschaftler
Freiberg, Brauhof, Körnerstraße 2
(vorzugsweise für LINKE KommunalpolitikerInnen aus dem
Altkreis Freiberg)*
- 27.08. *Kommunalpolitischer Kongress der LINKEN „Starke Kommunen im föderalen System“*

September 2011:

09. September *Konversionskonferenz der Bundestagsfraktion der LINKEN
„Truppenreduzierung als Chance“; Berlin*
11. September *Ehrung der Antifaschistischen Widerstandskämpfer zum „Tag
der Opfer des Faschismus“*
12. September 19 Uhr *Kreisvostandssitzung
Gasthaus „Weiße Taube“ Hainichen-Cunnersdorf*
14. September 17 Uhr *Sitzung der Kreistagsfraktion der LINKEN
Gasthaus „Weiße Taube“ Hainichen-Cunnersdorf*
21. September 14 Uhr *Mittwochscafé mit dem Freiburger DGB-Vorsitzenden Lutz
Richter, Kreisgeschäftsstelle der LINKEN*
21. September *Sitzung des Kreistages; Freiberg*
22. September *Fachtagung der Senioren-AG „Altersarmut an der Wurzel be-
kämpfen“; Berlin*
- 24./25. September *Bundesfrauenkonferenz der LINKEN
Magdeburg*
24. September 09:30 *Kreisparteitag der LINKEN mit Wahl eines neuen Kreisvor-
standes; Roßwein*
28. September 17 Uhr *Informationsveranstaltung der Kreistagsfraktion für Mandats-
träger und Nachfolgekandidaten
Gasthaus „Weiße Taube“ Hainichen-Cunnersdorf*

Vorankündigung

Am 4. Oktober um 19 Uhr findet im Stadtpark Frankenberg, Kleiner Saal, Hammertal, eine Podiumsdiskussion statt, veranstaltet von der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Thema: „Extremismustheorie auf dem Prüfstand“

Es diskutieren u.a. Prof. Dr. Besier und Prof. Dr. Jesse.

**Helft mit
und werdet**
linksaktiv.de

David Rausch wertet in Leisnig den Bundesparteitag der LINKEN aus

von Lothar Pötzsch, Geringswalde

David Rausch ist delegiert zum gegenwärtigen Bundesparteitag und legt Wert darauf, die gemachten Erfahrungen und seine Erlebnisse an andere weiter zu geben. Mit ihm zusammen Robert Sobolewski, der an dem Abend in Leisnig leider verhindert war, so dass David den Abend allein bestritt. Ausgerüstet mit einem Beamer und vorbereitetem Material auf dem Laptop legte er los und die Anwesenden lauschen gespannt und interessiert seinen Ausführungen. Sie erstreckten sich vom Flair des Partei-

tages über Beobachtungen am Rande des Geschehens bis hin zu konkreten Inhalten der Diskussionen, die besonders das Programm DER LINKEN betrafen.

Beginnend bei solchen Grundsatzfragen wie: Woher kommen wir als LINKE? und: Partei mit Traditionen und der Widersprüche bis hin zu Eckpunkten aus dem Programm wurde der Bogen über parteipolitische Themen gespannt.

Besonders hervorzuheben waren dabei die Dispute zwischen David und den Anwesenden zu den Fragen arm und reich und über unsere Haltung zum Eigentum generell. Gut fand ich, dass sich dabei immer wieder auf tatsächliche Probleme bezogen und die Wichtigkeit hervorgehoben wurde, unsere Gedanken und Ziele den Menschen näher zu bringen. Gerade die Arbeit mit den Menschen wird vor Ort gemacht und die Notwendigkeit funktionierender Fraktionen in den Städten und Gemeinden ist dabei unumgänglich. Damit war auch der Bogen gespannt zu der wichtigen Aufgabe im Hinblick auf die nächsten Wahlen, nämlich nach Kandidaten für die Kommunalwahlen Ausschau zu halten und sie langfristig der Bevölkerung bekannt zu machen.



Aufmerksam verfolgen die Leisniger Genossen die Ausführungen von David Rausch

Dafür, dass die Leisniger nur vierteljährlich eine Mitgliederversammlung machen und angesichts des Themas und des Gastes fand ich die Beteiligung etwas mäßig.

Nichtsdestoweniger will David Rausch seine Tour fortsetzen und als Parteitage-delegierter unseres Kreises seine Eindrücke und die gemachten Erfahrungen weitergeben. Wenn eine BO also Interesse hat kann sie Verbindung unter der E-Mailadresse Geringswalde@dielinke-mittelsachsen.de mit ihm aufnehmen.

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unseren verstorbenen Genossen

Erwin Pressnig aus Lichtenberg

Wir werden ihm stets unser ehrendes Andenken bewahren.